



Resolution

# „Aufschwung Graubünden“

Verabschiedet von der Delegiertenversammlung am 10. November 2009 in Davos

## Einleitung

Im Hinblick auf die Grossratswahlen und die Regierungsratswahlen 2010 werden von der CVP Graubünden die folgenden Schwerpunkte gesetzt und für die Legislatur 2010 bis 2014 die nachfolgenden Forderungen erhoben. Die von uns vorgeschlagenen Massnahmen sind nicht abschliessend sondern bilden den Kern unserer realistisch geforderten Inhalte.

Ziel ist es, Graubünden als attraktiver Wirtschafts- und Lebensstandort zu erhalten und neu zu positionieren. In einer schnelllebigen Zeit ist die Gefahr gerade für eine Bergregion gross, an den Rand gedrängt zu werden. Dies darf nicht sein. Dagegen wehren wir uns mit geeigneten Massnahmen, welche innerhalb der nächsten vier Jahre realisierbar sind.

Den grössten Herausforderungen werden wir im Bereich Wirtschaft, Bildung, Gesundheit, Energie und Strukturreform begegnen. Dabei bekennen wir uns zu einem starken **Wirtschaftsstandort** Graubünden, in welchem Kleinst- und Kleinunternehmen sowie die Berglandwirtschaft eine tragende Stütze darstellen. Die Wettbewerbsfähigkeit der KMU darf nicht durch hohe Steuern und Abgaben oder administrative Hürden eingeschränkt werden. Die Wasserkraftnutzung als wichtiger Zweig der Bündner Volkswirtschaft ist zu fördern. Bestehende Werke sind unter Berücksichtigung ökologischer Anforderungen zu optimieren, während bei der Bewilligung von Kleinkraftwerken Zurückhaltung zu üben ist. Im Rahmen der Revision des **Energiegesetzes** setzen wir uns für die gezielte Reduktion des Energiebedarfes ein. Der **Bildung** als unser wichtigstes Gut ist vermehrt Aufmerksamkeit zu schenken. Unser Duales-Bildungssystem mit Berufslehre und Gymnasium ist als Schweizer-Erfolgsmodell zu erhalten und die Durchlässigkeit ist zu optimieren. Die Gymnasien mit den Untergymnasien sind in den Regionen auch als kulturelle Zentren zu stärken. Die CVP bekennt sich zur **dezentralen Besiedlungsstruktur** des Kantons. Zur Stärkung des Berggebietes bedarf es starker Subzentren in den Regionen. Potentialarme Räume gibt es keine. Es gibt höchstens Räume mit brach liegendem Potential, welches es zu nutzen gilt. Zur dezentralen Besiedlungspolitik gehört auch eine gute medizinische Grundversorgung mit Hausärzten, Spitex, Pflegeheimen und Regionalspitälern.

# „Aufschwung Graubünden“

## Stärkung des Wirtschaftsstandortes

- Die Tourismusstruktur-Reform ist endlich rasch fortzuführen. Die benötigten finanziellen Mittel sind sicherzustellen.
- Die Kleinst- und Kleinunternehmer sind bei der nächsten Revision des Wirtschaftsförderungsgesetzes zu berücksichtigen.

## Ökologische und beschäftigungsfreundliche Energiepolitik

- Der Kanton fördert die Sanierung von Altbauten und die Weiterentwicklung neuer erneuerbarer Energien.
- Ausbaumöglichkeiten bestehender Wasserkraftwerke sind wahrzunehmen namentlich ist das Pumpspeicherkraftwerk zwischen dem Lago di Poschiavo und dem Lago Bianco zu realisieren.

## Vereinbarkeit von Beruf und Familie

- Die Gemeinden haben ein bedarfsgerechtes Angebot an familienergänzenden Tagesstrukturen sicher zu stellen.
- Die Wiedereinstiegshilfen für Frauen, die für die Betreuung der Kinder auf die Berufsausübung verzichtet haben, sind zu verstärken.

## Optimierung des öffentlichen Verkehrs

- Der öffentliche Verkehr für Pendler in und aus dem Churer Rheintal und den Subzentren Davos, Schiers, Landquart, Thusis, Ilanz und Disentis ist auszubauen und die Fahrzeiten sind zu verkürzen. Ein bedarfsgerechtes Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln ist für alle Talschaften aufrecht zu erhalten.
- Der Halbstundentakt zwischen Chur und Zürich (beziehungsweise dem Flughafen Zürich) ist anzustreben und zeitgerechte Anschlüsse in alle Haupttäler und wichtigen Tourismusdestinationen Graubündens sind zu garantieren.

## ***Verbesserung der Strasseninfrastruktur***

- Alle Strassenprojekte des Programms 2009 – 2012 sind zu realisieren (so die Umfahrungen Ilanz und Silvaplana).

## ***Zukunftsgerichtete Strukturanpassungen***

- Die finanziellen Anreize zur Bildung von handlungsfähigen starken Gemeinden sind beizubehalten.
- Der Kanton hat unter Einbezug der Branche sicher zu stellen, dass alle Talschaften von der Einführung neuer IT-Technologien, insbesondere Glasfaseranschluss, profitieren können.

## ***Beibehaltung der medizinischen Grundversorgung***

- Die medizinische Grundversorgung durch Hausärzte und Regionalspitäler in den Talschaften ist sicher zu stellen.
- Die administrativen Schwierigkeiten und Erfordernisse beim Betrieb von sozialen Einrichtungen (Alters- und Pflegeheimen, Spitex, Kindertagesstätten) sind in vernünftigem Rahmen zu halten.

## ***Innere Sicherheit***

- Dem Jugenddienst bei der Kantonspolizei sind die notwendigen zeitlichen, fachlichen und personellen Ressourcen bereit zu stellen.
- Eltern von massiv und wiederholt verhaltensauffälligen Jugendlichen sind zu verpflichten, Erziehungskurse zu besuchen.

## ***Landwirtschaft***

- Die Produktionsbedingungen für Betriebe im Berggebiet sind zu verbessern, indem genügend Mittel namentlich für Gesamtmeliorationen oder für Bewässerungen zur Verfügung gestellt werden.
- Der Kanton nützt seinen Handlungsspielraum in der Agrarpolitik vorab über die Förderung der Verarbeitung der landwirtschaftlichen Rohstoffe in den Regionen durch die Ansiedlung innovativer Verarbeitungsbetriebe.

## Hochstehende Ausbildung auf allen Ebenen

- Das Volksschulgesetz ist zu revidieren. Die Lehrerschaft ist in den Prozess miteinzubeziehen und den Kritiken betreffend Vollintegration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen ist Rechnung zu tragen.
- Für die Lehrbetriebe sind die administrativen Hürden im Ausbildungsbereich zu verringern.
- Den Fachhochschulen und den höheren Fachschulen sind unternehmerische Freiheiten zu gewähren und im nationalen Wettbewerb finanziell zu stützen.